

An
Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

An
Herrn Dr. Ralf Unna

fon 0221. 221 259 50
fax 0221. 221 246 57
mail fraktion@koelnsdpd.de
web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 24.02.2021

AN/0363/2021

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	02.03.2021

Wo bleibt der Kölner Lebenslagenbericht, und sind dessen Ergebnisse nicht bereits überholt?

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung Gesundheitsausschusses am 02.03.2021 aufzunehmen:

Im Februar 2017 hatte der Rat die Verwaltung mit der Erstellung eines Lebenslagenberichts beauftragt. Den ersten Bericht sollte das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH anfertigen. Der Bericht sollte die Lebenslagen der Kölner Bevölkerung untersuchen, z. B. hinsichtlich der Familien- und Erwerbssituation, Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Umwelt usw. Die Erforderlichkeit einer ersten Fristverlängerung teilte die Verwaltung am 31.10.2019 mit. Am 28.05.2020 wurden Einladungen zur Präsentation der Ergebnisse des ersten Kölner Lebenslagenberichts verschickt, jedoch wurde diese Präsentation am 03.06.2020 vom Beigeordneten Dr. Rau wieder abgesagt. Es hätten sich im Verwaltungsvorstand noch „erhebliche Fragestellungen“ ergeben. Seither wurde noch kein neuer Termin für die Präsentation bekanntgegeben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wann kann mit dem Lebenslagenbericht gerechnet werden?
2. Warum wurde der bereits angekündigte Lebenslagenbericht im Frühling 2020 zurückgezogen?
3. Wegen der negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie haben sich die Lebenslagen für viele Menschen in Köln leider verschlechtert. Dies zeigt auch die Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion „Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG II-Beantragungen“ der Verwaltung. Um nur eine Zahl zu nennen, stieg im Dezember die

Arbeitslosigkeit um 26,1% gegenüber dem Vorjahresmonat. Es stellt sich daher die Frage: Wie aussagekräftig sind die Daten und der Bericht als Ganzes noch?

Wir bitten darum, die Antwort auch dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer